

Oberster Gerichtshof: Trump-Regierung muss Abschiebefehler korrigieren!

Der US-Supreme-Court verlangt von der Trump-Regierung die Rückholung eines versehentlich abgeschobenen Mannes aus El Salvador.

Baltimore, USA - Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat die Trump-Regierung aufgefordert, einen versehentlich nach El Salvador abgeschobenen Mann, Kilmar A.G., zurückzuholen. A.G. wurde am 12. März auf einem Parkplatz eines Ikea in Baltimore festgenommen und in das Terrorism Confinement Center (CECOT) gebracht. Er war 2011 illegal aus El Salvador in die USA eingereist, um vor der dort herrschenden Bandengewalt zu fliehen.

Ein Einwanderungsrichter hatte A.G. bereits im Jahr 2019 Schutz vor Abschiebung gewährt, dennoch wurde seine Abschiebung als Verwaltungsfehler der Regierung anerkannt. Richterin Sonia Sotomayor äußerte Zweifel an der Argumentation der Regierung, die behauptete, A.G. nicht zurückholen zu können. Sie wies darauf hin, dass die Rechtslage klar sei und die Regierung ihrer Verpflichtung nachkommen müsse. Die Bundesrichterin Paula Xinis bezeichnete die Abschiebung als „völlig gesetzlos“.

Die Position der Regierung

Vertreter des Weißen Hauses behaupteten, dass A.G. Verbindungen zur Straßen gang MS-13 habe, was von seinen Anwälten vehement zurückgewiesen wurde. Zudem forderte der Vorsitzende Richter des Supreme Courts, John Roberts, die

Regierung auf, darzulegen, welche Schritte bereits unternommen wurden und was noch geplant sei. Dies zeigt die strittige Situation zwischen der US-Regierung und dem Justizsystem, in dem die Rechte der Migranten beleuchtet werden.

Zusätzlich hat der Supreme Court kürzlich eine Klage gegen die Abschiebungen von mutmaßlichen Bandenmitgliedern nach El Salvador abgewiesen. Dabei wurde entschieden, dass die US-Regierung Abschiebungen auf Grundlage des „Alien Enemies Act“ von 1798 vornehmen darf. Dieses Gesetz erlaubt die Inhaftierung und Abschiebung von Personen aus feindlichen Nationen in Kriegszeiten. Die Kläger, die ursprünglich in Texas inhaftiert waren, könnten ihren Fall jedoch erneut in Texas einreichen, nachdem die Klage in Washington D.C. für unzulässig erklärt wurde. Richter Brett Kavanaugh unterstrich die Notwendigkeit einer gerichtlichen Überprüfung für betroffene Migranten, während Uneinigkeit über den Verhandlungsort herrschte.

Hintergrund und Reaktionen

Die Trump-Regierung erntete Kritik für ihre Abschiebepolitik. Heimatschutzministerin Kristi Noem bezeichnete den Richter, der zuvor die Abschiebungen gestoppt hatte, als „aktivistischen Richter“. Auch der ehemalige Präsident Donald Trump äußerte sich positiv über das kürzlich ergangene Urteil und betonte, dass die venezolanische Gang „Tren de Aragua“ eine „Invasion“ der USA betreibe, was als rechtfertigende Maßnahme für die Abschiebungen angeführt wurde. In einem weiteren Schritt stoppte der Supreme Court die Rückholung von Kilmar Abrego Garcia, einem weiteren irrtümlich abgeschobenen Mann, wobei die Rückholung in diesem Fall nicht mehr möglich ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die rechtlichen Auseinandersetzungen um das Thema Abschiebungen von Migranten, insbesondere in den Kontext des „Alien Enemies Act“, die angespannte Beziehung zwischen Gesetz und

Regierungspolitik offenbaren. Die Situation bleibt dynamisch, und die Rechte von Migranten stehen weiterhin im Fokus rechtlicher und gesellschaftlicher Debatten. Während der Supreme Court oft technische Fragen behandelt, wird die kritische Haltung um die Trump-Politik zunehmend sichtbar, insbesondere was die Abwicklung solcher Abschiebungen betrifft.

Die Entwicklungen um Kilmar A.G. und die allgemeine Flüchtlingspolitik der Trump-Regierung legen tiefgreifende gesellschaftliche Fragen offen, die die US-amerikanische Einwanderungspolitik auch in Zukunft prägen werden. Die meist kritischen Stimmen befürworten mehr Einsicht und Rechtsschutz für die Betroffenen.

Details	
Vorfall	Terrorismus
Ort	Baltimore, USA
Festnahmen	1
Quellen	• www.remszeitung.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de